

Familien und bürgerschaftliches Engagement

Gisela Notz

- Zu den aktuellen Reformdebatten gehört auch die Rückverlagerung sozialstaatlicher Verantwortung in die Familien. Das Thema bürgerschaftliches Engagement und Familien fügt sich nahtlos in die politischen Diskussionen über Eigenverantwortung, sozialen Wandel und die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens ein.
- Familien sind in doppelter Weise für das Thema Bürgerengagement interessant: als aktive Adressatinnen und Partnerinnen für bürgerschaftliches Engagement über Generationsgrenzen hinweg und zudem als Einsatz- und Entlastungsfeld für Unterstützungs- und Hilfeleistungen. In dieser doppelten Funktion begegnen sie Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen, Mehrgenerationenhäusern, Bündnissen für Familien, Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros.
- Dass Familien nicht einfach verstärkt für weiteres bürgerschaftliches Engagement eingeplant werden können, zeigt die aktuelle Diskussion um die Überlastung familialer Lebensformen durch Berufstätigkeit und Haus-, Pflege-, Erziehungs- und Sorgearbeit. Ökonomisch „abhängige“ Menschen können sich – wie in anderen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements – auch in der und für die Familie wenig engagieren. Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe als ein „Herzstück der Zivilgesellschaft“ braucht also nicht nur Aufmerksamkeit und Propagierung, sondern auch die Bereitstellung von Ressourcen, wenn aus der Bevölkerung die Initiative zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen kommt.
- Dass Familien verstärkten Unterstützungsbedarf brauchen, zeigt die zunehmende Problematik der Armut von Kindern und ihrer Bezugspersonen. Tatsache ist, dass viele Kinder und ihre Eltern(teile) arm sind, weil sie kein Einkommen haben, oder eines, von dem sie nicht leben können. Zwei Millionen Kinder (und ihre Eltern) sind von Armut betroffen und die Hälfte aller „Einelternfamilien“ hat monatlich weniger als 945 Euro zur Verfügung. Zudem leben (immer noch) viele Lebensgemeinschaften in unzulänglichen Wohnungen. Zu viele Väter sehen zu wenig von ihren Gefährtinnen und ihren Kindern, weil sie zu lange Zeit am Erwerbsarbeitsplatz verbringen müssen. Zu viele Frauen werden vom bezahlten Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Für zu wenig Kinder stehen pädagogisch wertvolle Betreuungseinrichtungen zur Verfügung. All diese Probleme können nicht alleine durch bürgerschaftliches Engagement gelöst werden.

- **Bürgerschaftliches Engagement kann und soll die Zivilgesellschaft nicht als Substitut für einen an die Leistungsgrenzen gestoßenen Sozialstaat missverstehen oder missbrauchen. Zur Lösung des Erwerbslosenproblems von Familienvätern und Müttern oder anderer Individuen ist weder Pflicht- noch Freiwilligendienst, noch bürgerschaftliches Engagement ein Gegenferment, auch wenn es immer wieder diskutiert wird. Bürgerschaftliches Engagement hat auch einen politischen Auftrag, nämlich geschlechts- und schichtspezifische Ungleichheit und Ausgrenzung anzuprangern und einzufordern, Handlungsstrategien zu entwickeln, die der Integration und dem sozialen Zusammenhalt von Menschen unterschiedlicher sozialer, nationaler oder kultureller Herkunft dienen.**
- **Bürgerschaftliches Engagement von und für Familien ist ebenso wie in anderen Engagementbereichen situativ vieldeutig. Wir kennen Bürgerinitiativen, zu denen sich Eltern zusammengeschlossen haben, um Kindertagesstätten und Kindergärten zu gründen, die ihnen die Kommune nicht zur Verfügung stellt. Wir kennen auch Bürgerinitiativen, die Asylantenwohnungen oder Behindertenheime in dem Stadtteil, in dem die dort Engagierten wohnen, verhindern wollen und die damit diskriminierend und ausgrenzend wirken. In Schulen und Jugendclubs und in Vereinen haben „Nationalisten des neuen Typs“ bereits Meinungsführerschaft übernommen oder sind zumindest „akzeptierter Bestandteil des geistig-politischen Lebens.“¹ Diesem Phänomen entgegenzuwirken, erfordert den engagierten Einsatz aller Individuen, die kritisch denken können.**
- **Gleichzeitig mit der Stärkung von Bürgerengagement muss die Familiensozialarbeit weiterhin auf eine professionelle Basis gestellt werden. Bestrebungen, soziale Dienste auf Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement abzuwälzen, um zu sparen, sind gerade im Bereich der familialen Unterstützung der falsche Weg. Die Aufrechterhaltung und Schaffung sozialer Infrastruktur sind Voraussetzung, um bürgerschaftliches Engagement überhaupt zu ermöglichen. Schließlich sind Kindergärten, Häuser für die Jugend, Einrichtungen für alte Menschen oder Stadtteilzentren auch dann Orte des Gemeinnsinns, wenn dort gut ausgebildete und nach dem geltenden Tarifrecht bezahlte Arbeitskräfte arbeiten.**
- **Alle Anstrengungen zur Aufwertung bürgerschaftlichen Engagements von und mit Familien ersetzen nicht die Notwendigkeit, alle (jetzt) bezahlt geleisteten Erwerbsarbeiten und (jetzt) unbezahlt geleistete Sorge- und Pflegearbeit, ebenso wie die Verantwortung für die Mit- und Umwelt, Einkommen und soziale Transferleistungen gerecht und auf Menschen beiderlei Geschlechts zu verteilen sowie Staat und Zivilgesellschaft demokratisch auszugestalten.²**

Zunächst soll geklärt werden, was Familien heute sind. Dann soll der Frage nachgegangen wer-

den, ob und in welchem Zusammenhang von bürgerschaftlichem Engagement von oder für

1 So der NPD-Landtagsabgeordneter in Sachsen, Jürgen Gansel auf der Internetseite der NPD.

2 Siehe hierzu auch: Freiwilligencharta des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Frankfurt (Main), 13.12.2001.

oder mit Familien gesprochen wird, erst dann kann der Zusammenhang zwischen Familien (und anderen Zusammenlebensformen) und bür-

gerschaftlichem Engagement verdeutlicht werden und aufgezeigt werden, welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind.

Was sind Familien?

Nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird „Familie“ in der Verknüpfung mit Ehe unter den besonderen Schutz des Staates gestellt. Die gelebte Realität geht an dem einen gültigen Familienbild schon lange vorbei. Heute wird „Familie“ in vielfältigen personellen Zusammensetzungen gelebt: Der Siebte Familienbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend definiert Familie als eine „Gemeinschaft mit starken Bindungen, in der mehrere Generationen füreinander sorgen“. „Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken“, ist die treffendere Definition des „Zukunftsforum Familie“ (eine von der Arbeiterwohlfahrt gegründete Familienorganisation). Nun ließe sich darüber streiten, was heute dauerhaft ist, und wir wissen auch, dass Familie nicht immer der Ort ist, an dem Verantwortung und Zuwendung füreinander die Hauptanliegen sind. Familie ist, wie kaum eine andere Institution, Projektionsfläche für Gefühle und Empfindungen, nicht nur positiver Art. Darüber sagt auch der neueste Familienbericht wenig.³ Familie wird glorifiziert, wenn in der Stellungnahme der Bundesregierung behauptet wird „Familie ist im wahrsten Sinne des Wortes der ursprüngliche Ort, wo Alltagssolidaritäten ge-

lebt werden.“⁴ Familien sind eben auch nicht nur „für alle Familienmitglieder zentrale Orte des Kompetenzerwerbs“, die „gerade zu Zeiten großer Veränderungen materielle Sicherheit, Unterstützung, Rückhalt und Geborgenheit“ sowie „Lebensqualität und Zusammenhalt“ vermitteln.⁵ Viele Familien können das nicht, weil sie überfordert sind und weil ihnen die Ressourcen fehlen. Sie sind arm, weil ihre Mitglieder keine Erwerbsarbeit haben, oder weil sie so wenig verdienen, dass es ihnen am Lebensnotwendigen fehlt (*working poor*). Frauen aus armen Familien sind, auch wenn sie gut qualifiziert sind, oft gezwungen, reichen Familien für ein Trinkgeld zu dienen.

Viele der Dienenden kommen aus anderen Ländern. Vor allem Migrantinnen übernehmen die Haus-, Sorge- und Pflegearbeiten in deutschen Haushalten. Arme und reiche Menschen leben in Familien. Neue Unter- und Überschichtungen entstehen zwischen Familien und auch zwischen Frauen. Viele Familien und die meisten Alleinerziehenden werden sich wohl kaum solche „Perlen“ leisten können. Freilich sind nicht nur arme Familien oft überfordert, besonders dann wenn Probleme auftreten oder wenn die mobile Gesellschaft ihnen unter dem Stichwort „Multilokalität“ verschiedene Wohnorte zuweist. *DIE* Familie gibt es nicht wirklich und es hat sie nie gegeben. Man muss schon fragen, wie Familien personell zusammengesetzt sind, wie sie

3 Sachverständigenkommission Siebter Familienbericht: Familien zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2005.

4 Stellungnahme der Bundesregierung zum 7. Familienbericht, Deutscher Bundestag - 16. Wahlperiode, Drucksache 16/1360, S. XXIII.

5 Ebd., S. XXIV.

wohnen, welche Ressourcen ihnen zur Verfügung stehen, wie sie arbeiten und was sie tun, wenn sie keine Erwerbsarbeit haben oder wie sie ihre „Freizeit“ verbringen, und natürlich auch, wie ihre sozialen Netzwerke funktionieren.

Anfang der 1970er Jahre kritisierten die aus der Studentenbewegung hervorgegangenen neuen Frauenbewegungen nicht nur die Trennung der Bereiche öffentlich und privat und die Zuständigkeit von Frauen für den privaten Bereich, sondern auch die Männergewalt über Frauen und Kinder und die auf Unterordnung ausgerichtete autoritäre Erziehung. Aus dieser Kritik entwickelten sich alternative Formen des Zusammenlebens durch selbstorganisierte Wohngemeinschaften, zum großen Teil ohne verwandtschaftliche Beziehungen, kommunitäre Arbeits- und Lebensformen und Kinderläden, alles Orte bürgerschaftlichen Engagements. Heute werden Familien durch vielfältige variable und flexible Beziehungsnetze unterwandert. Sie müssen ebenso wenig wie die Ehe auf Ewigkeit angelegt sein.⁶ Viele Familien mit Kindern sind Alleinerziehende Elternteile, die weitaus meisten sind Frauen. Beklagt wird die Krise der Familie und das Schwinden traditioneller Familienstrukturen. Diese Krise sei schuld, dass die jungen Menschen in Bezug auf Gemeinschaftsfähigkeit und die Fähigkeit, gemeinsame Visionen zu entwickeln, schlecht ausgebildet seien.⁷ Es gibt viele Spekulationen darüber, warum die traditionellen Familienbande reißen. Tatsächlich lösen sich heute viele Frauen aus Abhängigkeiten, die Männer niemals kannten. Das geänderte Rollenverständnis der Frauen, auch wenn sie

Mütter oder Großmütter sind, der verstärkte Wunsch nach Teilnahme an der außerhäuslichen gesellschaftlichen bezahlten Arbeit ist es vor allem, was den Veränderungsprozess der Familie determiniert. Der Wunsch nach Teilhabe an der gesellschaftlich organisierten Arbeit führt selbst dann, wenn er nicht sogleich realisiert werden kann, dazu, dass nicht mehr selbstverständlich davon ausgegangen werden kann, dass Haus- und Sorgearbeiten billig oder kostenlos, wie in der Vergangenheit, durch Frauen erledigt werden. Durch bürgerschaftliches Engagement sollen die sich daraus ergebenden Lücken geschlossen werden. Bürgerschaftlich Engagierte und „neue Freiwillige“ sollen dafür sorgen, dass die von der Familie entwurzelten hilfsbedürftigen Menschen nicht unversorgt bleiben. Sie sollen helfen, zivilgesellschaftliche Strukturen von unten aufzubauen, bevor die sozialen Strukturen zerstört sind.

Bürgerschaftliches Engagement wird von und in Familien geleistet.

Ebenso wie die „normalbesetzte Familie“, die es auch weiter gibt und geben wird, leisten viele andere Zusammenlebensformen ein erhebliches Maß an bürgerschaftlichem Engagement und/oder brauchen selbst strukturelle Unterstützung in Form von Infrastruktur, bürgerschaftlichem Engagement und Familienselbsthilfe.

Bürgerschaftliches Engagement wird unbezahlt geleistet, gleichgültig ob man es als Arbeit oder als Tätigkeit bezeichnet. Gerade aus den jüngsten Studien⁸ geht hervor, dass es in vielen Arbeitsfeldern stattfindet. Erfasst werden die Engagementbereiche Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit, Kultur und Musik, Politik

6 Gisela Notz: *Verlorene Gewissheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie*, Frankfurt/M. 2004, 3. völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage.

7 Heiner Keupp: *Ich muß mich einmischen. Selbstsorge und Politik der Lebensführung erweitern die Berufarbeit in der Gesellschaft*, in: *Die Zeit* Nr. 16 vom 8. April 1998.

8 Thomas Gensicke, Sibylle Picot, Sabine Geiss: *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004*, Wiesbaden 2006.

und Interessenvertretung, berufliche Interessenvertretung, Rettungsdienste und Freiwillige Feuerwehr, Umwelt- und Tierschutz, Justiz und Kriminalitätsprobleme ebenso wie Schule und Kindergarten, außerschulische Jugendarbeit und Bildung, lokales Bürgerengagement, Sozialer Bereich, Gesundheitsbereich, Kirche und Religion. Darunter sind etliche Bereiche gefasst, die eng mit Familie zusammenhängen. Jugendliche stellen eine starke Gruppe mit einer stabilen Engagementkultur, und das freiwillige Engagement der Älteren wächst ständig. Jugendfreiwilligendienste, Freiwilliges Soziales Jahr, das Freiwillige Kulturelle Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr sind gerne gewählte „Alternativen“ in der Warteschleife zu Studium, Lehre oder Berufsausübung. Ältere Menschen übernehmen soziale Großelternrollen über den Bereich der eigenen Familie hinaus. *SeniortrainerInnen* und *SeniolexpertInnen* organisieren und koordinieren das Erfahrungswissen und die Zeitressourcen der Älteren zum Wohle der Gemeinschaft. Sie übernehmen neue Verantwortungsrollen und öffnen sich selbst für ein ‚neues Leben‘, nicht nur im sozialen und im Gesundheitsbereich, sondern auch in Umweltschutz, in Kultur und Soziokultur.⁹

Trennung zwischen Amt und Arbeit

Auf die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen dem politischem EhrenAMT in den Vorständen der Wohlfahrtsverbände, Sportvereine und auch in Familienverbänden, in Aufsichtsräten, kulturellen, gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kirchlichen Gremien und zwischen ehrenamtli-

cher oder „freiwilliger“ ARBEIT als unbezahlte, fürsorgliche Arbeit (oder auch Tätigkeit), schon lange nicht nur im Sozial- und Gesundheitsbereich, sondern ebenso in vielen anderen Bereichen wie im kulturellen und soziokulturellen, im Sport und im Umweltschutz, habe ich schon oft hingewiesen.¹⁰ Leider funktioniert die Trennung von AMT und ARBEIT auch im Bürger-schaftlichen Engagement immer noch. Das EhrenAMT wird meist neben der bezahlten Berufsarbeit ausgeführt, teilweise werden die Amtsinhaber unter Fortzahlung der Bezüge von der Arbeit freigestellt und bekommen eventuell sogar eine mehr oder weniger hohe Aufwandsentschädigung. Die „freiwillige ARBEIT“ ist scheinbar unbezahlbare Arbeit ohne Schutz und ohne Sicherheit der Arbeitsbedingungen. Für diejenigen, die sie leisten ist sie oft immer noch die einzige Form der gesellschaftlich organisierten Arbeit, neben der „privaten“ Haus- und Sorgearbeit.

Nur durch eine solche Differenzierung wird auch der geschlechterspezifische bias der „freiwilligen Arbeit“ deutlich: Frauen kommen im politischen EhrenAMT seltener vor; während Männer in der „freiwilligen ARBEIT“ seltener zu finden sind. Da für die „freiwillige Arbeit“ kein Lohn bezahlt wird, bleiben viele der dort Arbeitenden abhängig von einer anderen Person, meist vom (Ehe)mann oder vom Arbeitslosengeld II, oder sie sind auf eine geringfügige bezahlte Arbeit angewiesen. Mit dem Ansteigen der Engagementquote für Erwerbslose (27 % Männer und Frauen) tritt ehrenamtliche ARBEIT auch für Männer an die Stelle von bezahlter Arbeit.¹¹

9 Gisela Notz: *seniorTrainerInnen* im Bereich von Kultur und Soziokultur, in: Joachim Braun/Sonja Kubsich/Peter Zeman (Hg.): *Erfahrungswissen und Verantwortung – zur Rolle von seniorTrainerInnen in ausgewählten Engagementbereichen* –, Köln 2005, S. 145–175.

10 Vgl. hierzu u. a.: Gisela Notz: *Frauen im sozialen Ehrenamt*, Freiburg 1989 und: *Die neuen Freiwilligen*, Neu-Ulm 2000, 2. Aufl.

11 Thomas Gensicke: *Ergebnisse der repräsentativen Trend-erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*, in: Gensicke/Picot/Geiss 2006, S. 13.

Als emanzipatorische Errungenschaft ist das nicht zu bezeichnen. Aus einer Expertise des FES-Arbeitskreises Bürgergesellschaft und aktivierender Staat wird deutlich, dass angesichts des verhärteten Strukturproblems der Massen- und Langzeiterwerbslosigkeit Appelle an einen schlanken Staat nicht ausreichen werden.¹² Zumal sich schon lange die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass das effektivste Bürgerengagement durch die geleistet werden kann, die sich keine Sorgen um ihre tägliche Existenz zu machen haben.

Nachdenklich muss auch stimmen, dass der Anstieg des freiwilligen Engagements der Erwerbslosen vermehrt auf den Einsatz von Frauen zurückzuführen ist.¹³ Sie arbeiten ehrenamtlich, weil sie ihren Erwerbsarbeitsplatz verloren haben oder nach Berufsausbildung und Studium keinen solchen erhalten konnten. Sie tun dies vor allem, weil sie über die eigenen vier Wände hinaus gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten wollen. Möglicherweise rechnen sie damit, über Bürgerschaftliches Engagement leichter Zugang zu einer bezahlten Arbeit zu bekommen.

Die Ideologisierung der „besonderen Qualität der Arbeitsbedingungen, der Möglichkeit von Selbstorganisation, Selbstverwaltung und Selbstreflexion“ und die Abwesenheit von „strukturellen Sachzwängen“ durch Institutionen,¹⁴ ebenso wie die Glorifizierung der Unbezahlbarkeit der Arbeit mit dem Slogan, „Was ich kann, ist un-

bezahlbar“,¹⁵ suggeriert, dass Arbeit schon deshalb wertvoller und humaner ist, weil sie nicht bezahlt wird. Verschleiert wird so, dass fehlende Ressourcen zu neuen Abhängigkeiten und Sachzwängen führen. Zudem sollten auch professionelle Arbeitsstrukturen solche besonderen Qualitäten aufweisen. Orte des Gemeinsinns sind auch Kindergärten, Jugend- und andere Wohngemeinschaften, MigrantInnen- oder Frauenprojekte oder Altenzentren, wenn dort gut ausgebildete und nach dem geltenden Tarifrecht bezahlte Arbeitskräfte arbeiten. Anstatt ihnen den Geldhahn zuzudrehen, könnten dort weitere sinnvolle, gesellschaftlich nützliche bezahlte Arbeitsplätze für Personen, die für bestimmte Arbeiten qualifiziert sind, geschaffen werden. Zudem werden auch Gegenbewegungen durch ein sich entwickelndes öffentliches Rechts- und Fördersystem immer wieder vereinnahmt, kontrolliert oder unterdrückt. Das führte dann oft zu ungewöhnlichen Bettelmaßnahmen, die nicht selten viel Zeit und Kraft kosteten.

In einer Veröffentlichung aus dem Jahre 1985 habe ich aus damals vorhandenen Studien zusammengetragen, dass „der typische ehrenamtliche Mitarbeiter“ – von dem regelmäßig in den Jahresberichten der Wohlfahrtsverbände die Rede war – eine Frau im Durchschnittsalter von 53 Jahren sei, die häufig religiös sei, in einer Stadt mit über 50.000 Einwohnern wohne und mit einem überdurchschnittlichen gut verdienenden Mann verheiratet sei. Mit ihrer Ehe sei sie einigermaßen zufrieden; die Kinder seien bereits über 15 Jahre alt; sie habe keine Berufsausbildung, sei Hausfrau, lebe vom Einkommen ihres Mannes und investiere mindestens 20 Stunden im Monat für ehrenamtliche Arbeit.¹⁶ Das Bild hat

12 Achim Trube: Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit: Chancen und Handlungsmöglichkeiten. Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“. Bonn 2004.

13 Gensicke 2006, S. 17.

14 Annemarie Gerzer-Sass: Verwandtschaften und Wahlverwandtschaften: Familie und Selbsthilfe. Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in: Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.: Selbsthilfegruppenjahrbuch 2006, Gießen 2006, S. 97-115; hier: S. 111.

15 Slogan zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001.

16 Gisela Notz: Frauenarbeit zum Nulltarif. Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Professionalisierung und zurück, in: Alexa Franke/Ingrid Jost (Hrsg.): Das gleiche ist nicht dasselbe. Tübingen 1985, S. 122.

sich heute grundlegend geändert. Schließlich haben wir es mit der am besten ausgebildeten Frauengeneration aller Zeiten zu tun.

Vorliegende Studien und Handbücher – auch meine eigenen Studien – beschreiben in der Zwischenzeit ein viel bunteres Bild.¹⁷ Wie bereits einige frühere Forschungen¹⁸ sind auch die bundesweit angelegten Studien zum freiwilligen Engagement in Deutschland¹⁹ zu dem Ergebnis gekommen, dass mehr Männer als Frauen ehrenamtlich tätig sind. 39 % der befragten Männer und nur 37 % der Frauen waren im Jahre 2004 bürgerschaftlich engagiert.²⁰ Das Ergebnis ist nicht verwunderlich. Es ergibt sich von selbst, wenn die Arbeit bei den Gewerkschaften, im Sport, bei Rettungsdiensten, freiwilliger Feuerwehr etc. mitgezählt wird.

Familienvater, Vollzeit berufstätig mit regelmäßigen Überstunden, überdurchschnittliches berufliches Prestige und Einkommen – so sieht nach einer in NRW durchgeführten Studie der „neue“ typische „Engagierte“ aus. Ohne eine (ver)sorgende Frau könnte er sich nicht so engagieren, aber er engagiert sich nicht im sozialen Bereich. Die typische weibliche „Engagierte“ ist teilzeitbeschäftigt (in Westdeutschland) oder vollzeitbeschäftigt (in Ostdeutschland). Auch sie lebt in Partnerschaft oder Familie. Ohne den Partner, der das meiste Geld verdient, könnte sie sich nicht so engagieren – und sie en-

gagiert sich eher im sozialen Bereich.²¹ Es wird vor allem auf den Zeitmangel der Familienfrauen abgehoben, der ihre Partizipation im öffentlichen Bereich beeinträchtigt. Bei Männern würde selbst eine hohe zeitliche Belastung im Erwerbsleben keine einengende Wirkung auf die Freiwilligenarbeit haben, da es ihnen besser gelänge, sich einen Zeitspielraum außerhalb des familiären Bereiches zu schaffen. Damit wird dann auch ihre höhere Beteiligung an bürgerschaftlichem Engagement, die mit einem deutlich höheren durchschnittlichen Zeitumfang verknüpft ist, erklärt. Die Schlussfolgerung, dass Frauen vor allem eine Entlastung von der privaten Versorgungsarbeit brauchen, um sich mehr und häufiger in bestimmten Bereichen engagieren zu können, ohne ihre Berufsarbeit infrage zu stellen, wird selten gezogen.

Die neue Unübersichtlichkeit

Es scheint offensichtlich, dass die vielfältigen Kampagnen zur Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement – besonders was die Arbeiten im sozialen und Gesundheitsbereich, aber auch im Bereich von Umwelt und Kultur betrifft – immer noch zu wenig Erfolg hatten. Die Ursache dafür ist sicher, dass Frauen, die vor allem für diese Arbeiten gewonnen werden sollen, entweder eine anstrengende Berufsarbeit ausüben, die ihnen das nicht erlaubt, oder durch die Schwierigkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren, überfordert sind und/oder durch Refamilialisierung und Entprofessionalisierung dieser Arbeiten zusätzlich bereits überlastet sind. Durch Männer können diese Lücken ganz offen-

17 Notz 1989, Notz 2000, Gisela Notz/Margherita Zander: Ehrenamtliche soziale Arbeit und Bürgerschaftliches Engagement in Thüringen, Erfurt 1997.

18 Z. B. Joachim Braun/Peter Röhrig: Umfang und Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeit und Selbsthilfe im kommunalen Sozial- und Gesundheitsbereich, in: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Freiwilliges soziales Engagement und Weiterbildung, Bonn 1986, S. 4–116.

19 Zuletzt: Gensicke/Picot/Geiss 2006.

20 Gensicke 2006, S. 13.

21 Christina Klenner/Svenja Pfahl/Hartmut Seifert: Ehrenamt und Erwerbsarbeit – Zeitbalance oder Zeitkonkurrenz? Forschungsprojekt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2001, S. 217 f.

sichtlich nicht gestopft werden. Nun sollen Erwerbslose dazu gezwungen werden. Erwerbslose, die einen zumutbaren Job ablehnen, dazu gehört auch der 1 €-Job und der „Mini-Job“, werden mit dem Entzug der Leistung für gestaffelte Zeiträume bestraft. Zumutbar ist (fast) jeder Job. Viele Arbeiten, die früher scheinbar unbezahlbare Arbeiten waren, werden jetzt zu „Arbeitsgelegenheiten“. 1-€-Jobs stellen ein Fiasco für die regulär Beschäftigten *und* für die Ehrenamtlichen dar und führen zu neuen Unterschichtungen und zu Konkurrenz zwischen den ohnehin schon heterogenen Beschäftigtengruppen. Aus dem niedersächsischen Freiwilligen-survey geht hervor, dass „durch Hartz IV (...) im Moment eine ‘neue Unübersichtlichkeit’ im Freiwilligensektor“ entsteht.²² Solidarität ist in vielen Einrichtungen zu einem Fremdwort geworden. In die viel gepriesene Zivilgesellschaft sind soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten und die Ausgrenzung von Anderen und Fremden eingeschrieben. Bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe kommt auch der politische Auftrag zu, diese Ungleichheiten anzuprangern und Gegenstrategien zu entwickeln.

Wo wird bürgerschaftliches Engagement für und mit der Familie geleistet?

Die Pflege von Alten und Kranken, die Hospizbewegung, die vielfältigen Aktivitäten in den Kommunen und Kirchengemeinden, in den Kindergärten und den MigrantInnenprojekten, im sozialen und im Gesundheitsbereich, aber auch zahlreiche Projekte im Bereich von Umwelt, Kultur und Soziokultur werden von Familien getragen. Familienfrauen decken die „Tafeln“ und kochen die Armensuppen für die ‚Zu-kurz-Gekommenen‘ und immer zahlreicher werden-

den ‚Herausgefallenen‘ und ‚Arm-Gemachten‘. Sie arbeiten in Büchereien, Museen und anderen kulturellen Einrichtungen und sorgen dafür dass diese erhalten bleiben und Kultur nicht zu einem teuren Gut wird, das sich nur Privilegierte leisten können. Sie tun auch (neuerdings verstärkt) neben den Männern ihren Dienst in Sportvereinen und in der Freiwilligen Feuerwehr. Familienmänner engagieren sich in der Eltern-Kind-Gruppe, im Sportverein und in vielfältigen anderen Organisationen. Jugendliche aus Familien, denen oft prosoziale Wertvorstellungen abgesprochen werden, lesen im Altenheim vor oder engagieren sich gegen Rassismus und Gewalt. Sie fallen freilich weniger auf als die gewaltbereiten jungen Männer. Alte Menschen, die in Familien leben, kümmern sich um andere, die vielleicht alleine sind, während Alleinstehende durch ihr Engagement und ihre Gesprächsbereitschaft oft entscheidend zum Funktionieren von familialen Beziehungen beitragen.²³ Über die besten gegenseitigen Unterstützungssysteme verfügen die „Einelternfamilien.“

Lokale Bündnisse für Familien sollen Ermöglichungsstrukturen schaffen, um das lebendige Miteinander der Generationen weiter auszubauen, indem sie z. B. Mehrgenerationencafés, Stillkurse und gesundheitsbezogene Angebote machen oder „Leih-Omas“ und „Leih-Opas“ organisieren.²⁴ Kinderbetreuung und die soziale Unterstützung und Entlastung von Familienangehörigen, die die Pflege und Betreuung von älteren und alten Menschen, Menschen mit demenzieller oder psychischer Erkrankung bzw. geis-

22 TNS Infratest Sozialforschung, Dr. Thomas Gensicke: Freiwilliges Engagement in Niedersachsen 1999 - 2004 im Trend, München 2005, S. 11.

23 Siehe auch: Nakos Extra 35/2006: Selbsthilfe, Familie, soziales Umfeld und bürgerschaftliches Engagement. Eine Studie auf der Basis exemplarischer Interviews mit Selbsthilfegruppen-Mitgliedern, Berlin 2006.

24 Siehe beispielsweise: Landeszentrale für Gesundheitsforschung in Rheinland-Pfalz: Lokale Bündnisse für Familie und Bürgerschaftliches Engagement. Eine Information der VIVA Familien-Service-stelle für lokale Bündnisse in Rheinlandpfalz, Mainz o.J.

tiger Behinderung übernommen haben, sollen durch neu geschaffene „Mehrgenerationenhäuser“ ermöglicht werden. „Freiwillige HelferInnen“ spielen dabei eine wesentliche Rolle.²⁵ „Mehrgenerationenhäuser, generationsoffenes bürgerschaftliches Engagement und generationsübergreifende Freiwilligendienste sind wichtige Grundpfeiler eines zivilgesellschaftlichen Generationenvertrags für Deutschland,“ so die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in ihrem Vorwort zur jüngsten bundesweit angelegten Studie zum Freiwilligen Engagement in Deutschland.²⁶ Familienmänner, so geht es aus der Studie hervor, engagieren sich zunehmend auch im Bereich von Schule und Kindergarten sowie im sozialen Bereich, aber es sind immer noch hauptsächlich Familienfrauen, die sich dafür zuständig fühlen, weil sie die radikal andere Arbeitsteilung, die hinter dem Slogan der neuen Frauenbewegungen der 1970er Jahre: „das Private ist politisch,“ stand, (noch) nicht durchsetzen konnten.

Den Selbsthilfebereich nicht vergessen

Nicht zu vergessen ist der Selbsthilfebereich. Auch er gehört zum bürgerschaftlichen Engagement. In Deutschland gibt es mittlerweile ungefähr 100.000 dieser Organisationen mit geschätzten drei Millionen TeilnehmerInnen, das ist mehr als die Parteien Mitglieder haben. Auch Arbeit in Selbsthilfegruppen ist unbezahlt geleistete Arbeit, und viele Arbeitsfelder der Selbsthilfe und Selbstsorge hängen mit Familie zusammen. Zur Familienselbsthilfe zählen Stillgruppen, Spiel- und Krabbelgruppen, Elternstammische, Gruppen von Eltern chronisch kranker

oder behinderter Kinder, Stiefelterngruppen, Gruppen von alleinerziehenden Müttern und Vätern, Mütter- und Familienzentren, Nachbarschaftszentren, Gruppen von pflegenden Angehörigen, von psychisch Kranken, von Suchtkranken, Wohngruppen und anderes. Durch ihre Arbeit in den Gruppen erfahren die Mitglieder vor allem emotionale Entlastung, persönliche Zuwendung, das Gefühl, nicht allein zu sein sowie Anteilnahme an ihrem Schicksal. Sie lernen, ihre Interessen besser innerhalb der Familie und nach außen vertreten zu können.²⁷ Selbsthilfegruppen sind aber auch geeignet, das Familienverständnis zu erweitern, neue Gemeinschaftsformen zu entwickeln und dauerhafte soziale Netze zu schaffen.

Während der 1970er Jahre entstanden zahlreiche Selbsthilfegruppen im Sinne von Stützsyste-men im lebensweltlichen Gesamtzusammenhang von Familien. In der alten BRD war die Selbsthilfebewegung oft ein Stachel im Fleisch der etablierten Wohlfahrtsverbände und Sozialsysteme. Sie war eine Art Gegenbewegung für Forderungen von Jugendlichen und Erwachsenen, auch Frauengruppen, Wohngemeinschaften und Bezugsgruppen, die bereits damals die Familie ergänzten, für neue, eigene, den Menschen nahe Gestaltungs- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten, gegen überkommene einschränkende, unterdrückende, unzulängliche öffentliche Angebotsstrukturen; ebenso wie Bürgerinitiativen, die Missstände in den Wohngebieten und in der Gesellschaft anprangerten. Optimal organisierte Selbsthilfegruppen fragten auch nach den Wurzeln der Probleme, mit denen sich die Gleichge-

25 Tania-Aletta Schmidt: Mehrgenerationenhäuser, Generationendialog und niedrigschwellige Betreuungsangebote, in: Nakos Extra 36/2007: Familien und bürgerschaftliches Engagement, Berlin 2007, S. 51–56; hier: S. 51.

26 Gensicke/Picot/Geiss, S. 5.

27 Wolfgang Thiel/Bettina Möller/Gabriele Krawielitzki: Selbsthilfegruppen und Familienbezug: Zur Stärkung der Familienorientierung auf der lokalen Ebene – Situationsanalyse auf der Basis einer telefonischen Befragung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen, in: Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hrsg.): selbsthilfegruppenjahrbuch 2005, S. 179–192; hier: S. 180.

sinnenden und Gleichbetroffenen beschäftigten, und arbeiteten an Maßnahmen, um ihre soziale und wirtschaftliche Situation zu verbessern. Sie suchten nach Lösungen, damit andere Menschen nicht in solche und ähnliche Notlagen kommen. Historisch lässt sich mit dem Begriff Selbsthilfe jener politische Prozess markieren, in dem sich soziale Sicherungssysteme und professionelle Helfer herausgebildet haben, in dem sich selbstorganisierte Jugend- und Wohlfahrtsverbände gründeten, in dem Gegenbewegungen immer wieder aufkamen (z.B. Arbeiterkinder, -jugend und Familienwohnprojekte, Siedlungs- und Produktionsgenossenschaften der Weimarer Zeit). Oft nutzten sie eigene Ressourcen in Form von Land, Kapital und Fähigkeiten gemeinsam als Reaktion auf objektive Notlagen oder auf subjektiv als unbefriedigend empfundene Situationen. Sie richteten aber auch Forderungen an den Sozialstaat. Das tat auch die aus der Studentenbewegung hervorgegangene Kinderladenbewegung der 1970er Jahre. Bei dieser Form von Familienselbsthilfe ging es um mehr als darum, durch die Möglichkeit öffentlicher Kinderbetreuung mehr Zeit für politische Arbeit und Studium oder Erwerbsarbeit zu gewinnen. Es ging auch um ein emanzipatorisches Gegenmodell zur Erziehung im Kindergarten und in der Familie.²⁸ Es ging um gesellschaftliche Verantwortung für Kinder, um Kindererziehung als gemeinsame, kollektive Aufgabe von Frauen und Männern, um die Kritik an der als ‚bürgerlich‘ angesehenen Kindererziehung, die verlangte, Kinder nach den Prinzipien des Triebverzichts, des Konkurrenzkampfes und des Leistungsprinzips zu erziehen.²⁹ Dazu bedurfte es der Einrich-

tung von sozialen Orten, die es gestatteten, solche Erziehungskonzepte umzusetzen. In den 1980er Jahren schossen Elterninitiativen wie Pilze aus dem Boden, weil der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen groß war, während öffentliche Einrichtungen fehlten. Kinderläden und Eltern-Kind-Gruppen scheuten Konflikte mit den traditionellen pädagogischen Einrichtungen nicht und beeinflussten bestehende öffentliche und private Kinderbetreuung. Konzepte antiautoritärer Erziehung hinterließen deutliche Spuren der Liberalisierung der auf Gehorsam und Anpassung ausgerichteten Erziehung in Familie, Kindergarten, Schule, Universität und Berufsausbildung. Die veränderten Konzepte und Versuche dieser Selbsthilfebewegung, den Verknöcherungstendenzen von Erziehungs-Anstalten entgegenzuwirken“, wirken bis heute.³⁰

Dennoch haben sich auch die Selbsthilfegruppen verändert. Heute treffen sich SelbsthelferInnen vor allem, um eigene Probleme und Notlagen mit gemeinsamer Anstrengung zu lösen, bzw. Lebensbedingungen gemeinsam und möglichst selbstbestimmt zu gestalten. Sie gelten als „Lernwerkstatt für die Zivilgesellschaft (...) in einer zunehmend verbetriebswirtschaftlichten Welt.“³¹ Familienselbsthilfe wird als neue Form sozialer Netze angesehen, die familienbezogen, familienergänzend und familienentlastend sein sollen.³²

28 Gisela Notz: Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Entstehungsgeschichte, Organisationsformen, politische Konzepte, Neu-Ulm 2006, S. 49–52.

29 Kommune 2 (Hg.): Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums, Berlin 1969.

30 Maria-Eleonora Karsten/Ursula Rabe-Kleberg: Kinderläden und Kinderöffentlichkeit oder was ist an alternativen Formen vorschulischer Erziehung anders? in: Lutz von Werder (Hg.): Was kommt nach den Kinderläden?, Berlin 1977, S. 59–67; hier: S. 67. Siehe auch den Beitrag von Hannes Lachenmair: Elterninitiativen und Familienselbsthilfe. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. (BAGE), in: Nakos Extra 36/2007, S. 57–69.

31 Heiner Keupp: Selbsthilfe und zivilgesellschaftliches Engagement. www.pm-magazin.de/de/nurinternet/artikel_id459.htm.

32 Projektförderung „Den Familienbezug von Selbsthilfegruppen verdeutlichen und die Familienorientierung der Selbsthilfeunterstützung stärken“ durch das BMFSFJ, in: Nakos, Jahresbericht 2005, S. 11.

Sicher war Selbsthilfe für und mit Familien oder deren Mitglieder weder früher noch heute eine einheitliche Bewegung. Sind Familien schon keine homogenen Gebilde, so sind es ihre einzelnen Mitglieder noch viel weniger. Die Lebens- und Ausgangslagen sind ebenso wie ihre Probleme und Sehnsüchte sehr verschieden. Jugendliche, die keinen bezahlten Arbeitsplatz bekommen haben und sich zu einer Erwerbslosenselbsthil-

fegruppe zusammenschließen, haben sicher andere Probleme, als Mütter, die im Blick auf Kindererziehung verunsichert sind, oder – weil entsprechende Einrichtungen immer noch fehlen – eine Eltern-Kind-Gruppe gründen wollen. Aber auch innerhalb der gleichen Generation bestimmen Geschlechts- und Schichtzugehörigkeit und ethnische Herkunft die Aktivitäten der SelbsthelferInnen.

Zum Zusammenhang zwischen Familie und bürgerschaftlichem Engagement

In der aktuellen sozialpolitischen Debatte hat die Diskussion um den „aktivierenden“ Staat, die Zivilgesellschaft, um Selbsthilfe, Bürgersinn und Gemeinsinn Konjunktur. In der aktuellen Diskussion um die „Krise der Familie“ werden bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe als eine Möglichkeit, neue Formen sorgender Netze zu schaffen, angesehen, die familienbezogen, familienergänzend und familienentlastend sein sollen.³³ Vor allem dort, wo ein Ausgleich durch bürgerschaftlich Engagierte erwartet werden kann, wird bezahlte Arbeit immer wieder abgebaut. „Neue Netze“ will auch die Bundesregierung schaffen, „um die Vorteile der früheren Großfamilie in moderne Sozialstrukturen übertragen zu können“. Sie will deshalb die „Mehrgenerationenhäuser als familienunterstützende Zentren schaffen“. Sie sollen verlässliche Anlaufstellen sein, in denen sich Menschen jeden Alters begegnen, wo ältere Menschen wieder eine Aufgabe finden können, gebraucht und gefordert werden, Kinder früh gefördert und Mütter für den Wiedereinstieg in den Beruf qualifiziert werden. Durch sie soll bürgerschaftliches Engagement erschlossen werden, Zusammenhalt erfahrbar gemacht werden, Alltagskompe-

tenzen und Erziehungswissen weitergegeben und Antworten darauf gegeben werden, „wie die Generationen sich untereinander helfen können in einer Gesellschaft des langen Lebens“.³⁴ Mit den Mehrgenerationenhäusern will die Bundesregierung Zentren schaffen, die sich in die Nachbarschaft öffnen. In ihnen soll generationsübergreifend Alltagssolidarität gelebt werden. Ebenso will sie mit den „Lokalen Bündnissen für Familie“ den lokalen Familienbezug des bürgerschaftlichen Engagements weiter stärken. Dazu sollen zum Beispiel „kommunale Familientische“ (zunächst) in Bayern eingerichtet werden, die der Einbeziehung aller Akteure, die sich in der Kommune für Familien engagieren, dienen. Mit den „Familientischen“ soll die örtliche Familienpolitik ausgebaut, weiterentwickelt und vernetzt werden. Das bürgerschaftliche Engagement für Familien soll gebündelt und mehr BürgerInnen für die Mitarbeit an familienfreundlichen Projekten gewonnen werden. Der Verdacht, dass mit solchen Einrichtungen sozialstaatliche Kosten gespart werden sollen, um sie der Eigenverantwortung zu übertragen, liegt nahe. Bürgerschaftliches Engagement, Selbsthil-

33 Ebenda.

34 Stellungnahme der Bundesregierung zum 7. Familienbericht, S. XXIV.

fe und Familienselbsthilfe sind notwendig, sie dürfen aber nicht als kostengünstige und bedarfsgerechte Antwort auf eine ganze Palette sozialer Problemlagen und von Alltagsproblemen „gehandelt“ werden, die Familien und andere Lebensformen schließlich doch selbst bewältigen müssen.

Das gilt auch für die Selbsthilfebewegungen als Teil des bürgerschaftlichen Engagements. Sie sind auch heute von großer Bedeutung, weil sie geeignet erscheinen, soziale Kontakte der einzelnen Familienmitglieder zu erweitern, Isolation vorzubeugen und zur gesellschaftlichen Integration und Partizipation von Familien am öffentlichen Leben beizutragen. Sie können eine Art ‚Geleitschutz‘ organisieren, indem Orte geschaffen werden, an denen die Menschen sich austauschen, sich gegenseitig den Rücken stärken und sich eine Stimme verleihen können. Aber viele Arbeiten, die dort geleistet werden, können alleine deshalb nicht durch professionelle Hilfe erbracht werden, weil (angeblich) das Geld fehlt. Gerade Familienselbsthilfe braucht Selbsthilfegruppen, wie auch bürgerschaftliches Engagement die Unterstützung, Beratung und Begleitung von Professionellen um effektiv arbeiten zu können.³⁵ Unterbleibt diese Unterstützung, so erfahren die SelbsthelferInnen nicht selten Überforderung durch emotionale, psychische und zeitliche Belastungen. Das kann zu neuen Konflikten zwischen den Mitgliedern von Familien führen und die positiven Aspekte der Familienselbsthilfe einschränken.³⁶ Positiv haben

sich Kooperationen von Selbsthilfegruppen im Stadtteil, in der Region und auf Bundesebene entwickelt.

Nicht jede Familienselbsthilfegruppe hat zugleich einen politischen Anspruch. Dort wo er besteht, geht es oft um eine politische Praxis, die lediglich Symptome kuriert. Hinter einem Mütterzentrum, einer Still- oder Krabbelgruppe verbirgt sich oft etwas anderes als hinter einer Elternselbsthilfegruppe, die einen Kinderladen aufbaut. Aber alle sind unter Umständen geeignet, nicht nur Betreuungsplätze, sondern auch Treffpunkte für Eltern einzurichten, das Vater-Mutter-Kind-Familienbild für andere Kontakte zu öffnen und zu erweitern und die Misere, die mit der „Privatheit“ der bürgerlichen Familienideologie, mit ihren klaren Rollenzuweisungen verbunden ist und die mit dem Primat der Hausversorgung einhergeht, in Zweifel zu ziehen. Gleichmaßen können sozialstaatliche Forderungen an finanzierbare pädagogisch wertvolle Betreuung stellen oder familienpolitische Vorstellungen zur Akzeptanz „alternativer“ Formen des (Zusammen)lebens entwickeln und so Orientierungsräume und Unterstützungssysteme für verschiedene Lebensformen bilden.

Die Notwendigkeit der Elterninitiativen und Mütterzentren ergibt sich vor allem, weil der Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen in der Bundesrepublik (besonders im Westen) unzureichend gedeckt ist. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es in Schweden, einem Land mit noch relativ gut ausgestatteten Kinderbetreuungseinrichtungen bei den Selbsthilfegruppen eher um Lobbygruppen (z. B. für Kinderrechte) geht, während die BRD eher Eltern-Kind-Gruppen und Mütterzentren kennt. Aus dieser Tatsache wird deutlich, dass eine gute sozialstaatliche Versorgung auch Kräfte freisetzt,

35 Vgl. auch: Nakos (Hrsg.): Konzepte und Praxis 1: Selbsthilfe unterstützen. Fachliche Grundlagen für die Arbeit in Selbsthilfekontaktstellen und andren Unterstützungseinrichtungen. Ein Leitfadent, Berlin 2006.

36 Vgl. auch Gisela Notz: Familienselbsthilfe in Europa – Zukunftsperspektiven aus der Sicht der Familienforschung, in: Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen Stieffamilien (Hrsg.): Von Nachbarn in Europa lernen. Der Beitrag der Eltern- und Familienselbsthilfe zu

kinderfreundlichen Lebensbedingungen, Obertshausen 2001, S. 50–62.

die für Betroffenenengruppen oder Familienmitglieder eingesetzt werden können, die ihre Interessen selbst (noch) nicht artikulieren können.

Bürgerschaftliches Engagement für Familien und Familienselbsthilfe ist weiblich

Familienmitglieder sind wesentliche Adressatinnen und Partnerinnen von Engagement fördernden Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen wie Freiwilligenagenturen/-zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros. Darauf, dass Frauen auch in vielen Selbsthilfegruppen die Sozial- und Kümmerarbeiten machen (ca. 70 %), weisen Selbsthelferinnen immer wieder hin. In der Familienselbsthilfe sind es sogar 90 %.³⁷ Auch Annemarie Gerzer macht darauf aufmerksam, dass viele Initiativen von Frauen getragen werden. In Elterninitiativen sind ca. 70 % der Aktiven Frauen, in den Familien- und Mütterzentren, den Stillgruppen und den Mutter-Kind-Gruppen erwartungsgemäß 100 %.³⁸ Monika Jäckel stellt in einem Bericht zur Familienselbsthilfe ganz einfach fest: Die Familienselbsthilfe ist weiblich. Sie beobachtete zusätzlich bei Frauen in Selbsthilfegruppen eine signifikant höhere Stundenzahl als bei Männern und führte das höhere Engagement auf die unterschiedliche Wertschätzung zurück, die diese Arbeitsform bei Frauen erfährt. Dies wird auch durch eine aktuelle Studie zur Evaluation von Familienselbsthilfe bei den Münchener Elterninitiativen konstatiert: die Frauen investieren doppelt so viele Arbeitsstunden in die Initiativen wie die Männer.³⁹ Monika Jäckel schließt daraus, dass soziale Fragen und

Nachbarschaftsfragen bei Frauen einen höheren Stellenwert haben, als bei Männern.⁴⁰ Die Mithilfe von Männern beschränkt sich meist eher auf handwerkliche Tätigkeiten oder sie helfen bei Festen, z. B. beim Grillen.⁴¹ Freilich sind das auch wichtige, gemeinschaftsfördernde Arbeiten und die geschlechtsspezifische Teilung von Aufgaben und Verantwortung kann nicht umstandslos verallgemeinert werden, weil es im bürgerschaftlichen Engagement und in der Familienselbsthilfe ebenso wenig wie in anderen Lebens- und Arbeitszusammenhängen DIE Männer oder DIE Frauen als Kollektivsubjekte gibt.

Familienselbsthilfe ist ein Programm für Mittelschichtfamilien

Eltern-Kind-Gruppen und andere Gruppen, die sich mit bürgerschaftlichem Engagement für und mit Familien beschäftigen, sind allzu oft Programme für ohnehin privilegierte Mittelschichtfamilien, die bestimmte Menschen, die mit weniger Ressourcen an Zeit und Geld ausgestattet sind, ausschließen.⁴² Ausnahmen bilden einige Gruppen von Alleinerziehenden und einige Mütterzentren. Auch wenn die zunehmende Problematik von Kinder- und Familienarmut nicht durch Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement gelöst werden kann, erscheint die Exklusion der von Armut Betroffenen aus dem Kreis der Engagierten problematisch.

Eindeutig ist die soziale Selektivität der Familienselbsthilfe in Bezug auf die ethnische Zugehörigkeit und Nationalität. Das Modellprojekt des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) in Nordrhein-Westfalen bildet

37 Wolfgang Erler/Birgit von Tschilschke: Familienselbsthilfe in Ostdeutschland. Sozialpolitische Potentiale einer Alltagsbewegung, in: Diskurs Nr. 2/1998, S. 25-39; hier: S. 26.

38 Gerzer-Sass 2006, S. 99.

39 Arbeitsgruppe Familienpolitik, Deutsches Jugendinstitut: Evaluationsstudie der Familienselbsthilfe, München 1997.

40 Vgl. Annemarie Gerzer-Sass/Wolfgang Erler: Familienselbsthilfe und ihr Potential für eine Reformpolitik von „unten“, Deutsches Jugendinstitut e.V., München 1999.

41 Erler/Tschilschke, S. 31.

42 Gerzer-Sass/Erler 1999.

da eine Ausnahme. Es fand heraus, dass Migrantinnen einen Dialog mit deutschen Frauen oder mit anderen Migrantinnen in der gleichen Situation scheuen, weil sie ihre neue Lebenssituation als Einelternfamilien „verschweigen“ und nicht akzeptieren. Im Rahmen des Projekts wurden runde Tische eingerichtet und vorhandene Netzwerke ausgebaut sowie gemeinsame Aktivitäten durchgeführt. Schließlich haben die Migrantinnen in ihrer neuen Lebenssituation Unterstützung bei der Bewältigung ihres Alltags erfahren und vielfältige Probleme gemeinsam bearbeitet und für eine breite Öffentlichkeit sichtbar gemacht. Im Laufe der Projektarbeit gelang es, Räume zu schaffen, in denen es möglich war, über Lebensgeschichten zu reden. Damit wurde das Schweigen der Frauen gebrochen und es wurde ein Dialog eröffnet. Schließlich wurde der Prozess in einem Buch festgehalten, das die beteiligten Frauen selbst aktiv gestalteten.⁴³

Wie selten solche Projekte sind, zeigte die Befragung, die das Deutsche Jugendinstitut durchgeführt hat. Es hat nicht-deutsche Aktive in der Familienselbsthilfe überhaupt nicht vorgefunden.⁴⁴ Dies stimmt erst recht bedenklich, denn wir wissen, dass der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund am schrumpfenden „Familiensektor“ wächst. In der Studie empfiehlt das DJI den Verbänden, Strategien zu entwickeln, durch die es gelingt, bisher unausgeschöpfte Selbsthilfepotentiale zum Abbau von sozialen Benachteiligungen und zur Bekämpfung von Problemkumulationen in städtischen Problemquartieren zu aktivieren.

43 VAMV Landesverband NRW: Modellprojekt-Abschlussbericht: Allein erziehende Migrantinnen (in der Familienselbsthilfe) – Modellstandort Bochum-Hustadt, April-Dezember 2003; Derselbe: Frauenportraits – Lebensgeschichten alleinerziehender Migrantinnen und deutscher Frauen, Essen 2004.

44 Gerzer-Sass/Erlor 1999.

Ohne strukturelle Rahmenbedingungen, wie z.B. „Familienzusammenführung“, auch für „außergewöhnliche“ und binationale Familienformen, eigenständiges Bleiberecht für Frauen und ohne die Bereitstellung von Wohnungen und Berufsausbildungsplätzen sowie existenzsichernder sinnvoller Erwerbsmöglichkeiten kann die Aktivierung allerdings auch ins Leere laufen.

Gerade für diese Gruppen wird die „Stärkung der Selbsthilfekräfte“ (modern: *empowerment*) auch immer wieder infrage gestellt, sei es, dass die Gefahr gesehen wird, dass die Fähigkeiten der AdressatInnen überschätzt werden, oder weil Problem- und Konfliktpotentiale immer wieder neu entstehen, weil man nicht an die Wurzeln z. B. der Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot, Geringschätzung öffentlicher Kinderbetreuung, psycho-sozialer Probleme geht, oder weil die Klientel zu früh allein gelassen wird.

Andererseits zeigt die Geschichte sozialer Bewegungen, besonders die der Frauenbewegungen, dass es gerade die Erfahrungen sind, die Menschen am Rande des Mainstreams oder außerhalb der Dominanzkultur gesammelt haben, die soziale und gesellschaftliche Veränderungen bewirkt haben. MigrantInnen üben bereits verstärkt Kritik an eurozentrischen Zusammenschlüssen und gründen eigene Netzwerke, die wiederum ihren Familien und Lebenszusammenschlüssen zugute kommen.

Bürgerschaftliches Engagement für und mit Familien braucht Raum, Zeit, Ressourcen und Vernetzung

In den letzten Jahren wird immer wieder die Notwendigkeit der Bildung von sozialen Netzwerken hervorgehoben.⁴⁵ Regionale Vernetzungsstrukturen haben eine zentrale Bedeutung

45 Gerzer-Sass/Erlor 1999.

für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement. Vernetzung bedeutet aber auch zusätzliche Arbeit und erfordert zusätzliche Ressourcen personeller und materieller Art.⁴⁶ „Sorgende Netze“ zur Unterstützung von Familien sind auch professionelle Strukturen wie Kindergärten und Schulen. Vernetzungsförderung ist eine politische Aufgabe, die durch Bund, Land, Kommunen und Verbände übernommen werden muss. Daneben wird Familienbildung, die den Interessen vielfältiger Familienformen gerecht wird und in deren Rahmen außerhalb formalisierter Bildungsgänge soziale und politische Kompetenzen erlernt werden können, immer wichtiger. Dass bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfeeinrichtungen auch Ermöglichsstrukturen brauchen, ist bekannt. Information und Beratung sind ebenso wichtige und notwendige Voraussetzungen wie frei gestaltbare Räume, eine neue Zeitpolitik und Ressourcen, vor allem Geld. Verbände und Kommunen können stützen und fördern, sollten aber ihre Hilfestellungen am Bedarf der jeweiligen Vernetzungen orientieren. Und der wird ganz unterschiedlich sein, je nach Engagementbereich, Familienform und handelnden Subjekten.

Wichtig für den bürgerschaftlichen Diskurs wird es, Abgrenzungen herauszuarbeiten, welche lebensformenbezogenen Arbeiten durch den Staat übernommen werden sollen, welche marktförmig zu organisieren sind und welche in Form von bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe geleistet werden können. Erst wenn die professionelle Versorgung sichergestellt ist, können sich die emanzipatorischen Kräfte von bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe entfalten. Und erst wenn die eigenständige Exis-

tenzsicherung der Engagierten gewährleistet ist, können die gratis geleisteten Arbeiten wirklich freiwillig und aus Liebe verrichtet werden. Erst dann können sich Solidarität, Eigenverantwortung und Nächstenliebe entfalten; beide sind in einer immer kälter werdenden Welt notwendiger denn je. Erst dann kann die Arbeit wirklich Spaß machen und den wollen die bürgerschaftlich Engagierten – Männer wie Frauen – innerhalb und außerhalb von Familien auf jeden Fall. Das hieße auch, bezahltes und unbezahltes Engagement für und mit Familien im Zusammenhang zu sehen. Nur so wäre das oft geforderte Zusammenspiel zwischen Institutionen, professioneller Sozialarbeit und bürgerschaftlichem Engagement möglich und nur so wären die Synergieeffekte auszuschöpfen.

Das hat auch Konsequenzen für die Sozialarbeiterausbildung. Noch werden SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen in ihrer Ausbildung meist unzureichend auf die Kooperation mit den ehrenamtlichen Kräften vorbereitet. Eine große Unsicherheit von Professionellen im Umgang miteinander ist auch in der Familienhilfe die Folge. Die Angst der Hauptamtlichen, dass die Ehrenamtlichen beabsichtigen, ihnen Kompetenz und Arbeit streitig zu machen, oder ihnen gar – angesichts des aktuellen Sozialabbaus – die Stellen wegzunehmen, ist (oft) berechtigt. Leitfäden, die Anregungen und Hilfestellungen für einen selbstorganisierten, durch die haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen in Eigenregie zu leistenden Klärungs- und Veränderungsprozess geben, sind noch selten.⁴⁷ Wünschenswert wäre es, dass erfahrene bürgerschaftlich Engagierte bereits in die Lehrveranstaltungen an Hochschulen und Fachhochschulen eingeladen werden, um aus ihrer Arbeit zu berichten, was

46 Sabine Hebenstreit-Müller: „Das gibt einem auch Power“ – Vernetzung von Familien- und Nachbarschaftszentren, in: Sabine Hebenstreit-Müller/Rudolf Pettinger (Hrsg.): Organisation, Förderung und Vernetzung von Familienselbsthilfe, Bielefeld 1991, S. 126–133.

47 Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.): Das Haus richten. Fit werden für die Zusammenarbeit mit Freiwilligen, Stuttgart 2001.

selbstverständlich, wie andere Lehrtätigkeiten auch, entlohnt werden müsste.

Appelle an die Bereitschaft zu mehr bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe und mehr Geben und Nehmen zwischen den Generationen, wie es in der aktuellen Familienpolitik immer wieder gefordert wird, reichen für die Zukunft nicht. Bürgerschaftliches Engagement und Familienselbsthilfe kann nicht als top-down Prozess (von oben nach unten) verordnet werden. Sie dürfen nicht auf Kosten von Frauen gesehen, denen aufgrund der herrschenden Familienideologie mit Hauptnährer und Zuverdienerin immer noch oft das Recht auf existenzsichernd bezahlte Arbeit abgesprochen wird. Aktive BürgerInnen finden sich nicht umstandslos von selbst. Eigeninitiative darf nicht missachtet und blockiert werden, aber auch nicht als Antwort auf (fast) jedes Krisensymptom und alle Probleme, die die aktuellen „Modernisierungsprozesse“ mit sich bringen, betrachtet werden.

Was vielen Familien fehlt, sind finanzielles Ressourcen und das, was Pierre Bourdieu soziales Kapital nennt. Er meint damit Kontakte zu (mehr oder weniger) einflussreichen Personen und Institutionen, die wiederum Ressourcen für das eigene Leben vermitteln können. Insbesondere in Armut geratene Familien brauchen BündnispartnerInnen, um sich zur Durchsetzung ihrer Interessen einen ‚Geleitschutz‘ organisieren zu können. Familienverbände und Selbsthilfeorganisationen können dabei eine wichtige Rolle spielen. Allerdings können letztere nur dann wirklich wirksam sein, wenn sie ein über die aktuelle Lebenssituation hinausgehendes gemeinsames politisches Interesse und eine Vor-

stellung von einem zeitgemäßen vielfältigen Lebensweisenkonzept entwickeln.

Angesichts von zunehmender Familien- und Kinderarmut, angesichts von Millionen erwerbsloser Menschen und angesichts von zunehmender Orientierungslosigkeit und Armut sind in diesem Zusammenhang auch Vorschläge zu entwickeln, wie die gesellschaftlich nützlichen (jetzt) bezahlt und (jetzt) unbezahlt geleisteten Arbeiten auf mehr Menschen und auf Menschen beiderlei Geschlechts verteilt werden können, damit die Übernahme der „unbezahlbaren Arbeiten“ nicht auf Kosten der eigenständigen Existenzsicherung geht und nicht zu weiteren Unterschichtungen führt.

Wünschenswert wäre ein bürgerschaftliches Engagement, das sich auf eigenständige Individuen gründet, die auf Solidarität ausgerichtet sind und sich zusammenschließen, weil sie gemeinsam mehr und Besseres erreichen können als alleine. Verschiedene Frauenprojekte, Projekte von Nichtregierungsorganisationen, Projekte und Zusammenschlüsse gegen Rassismus und Ausgrenzung, aber auch genossenschaftliche und kommunale Lebensgemeinschaften beweisen die Möglichkeit und Nützlichkeit des Zusammenwirkens solidarischer Individuen. Sie praktizieren neue Formen von Selbsthilfe und gegenseitiger Hilfe und neue Formen des Zusammenlebens, (oft) außerhalb von Familien und Organisationen. Einige setzen sich konstruktiv mit der Mit- und Umwelt auseinander, um die wirklichen Ursachen der sozialen Mängel zu erkennen und strukturelle Veränderungen der Gesellschaft zu erwirken. Um eine lebensfähige Demokratie zu erhalten und weiterzuentwickeln sind sie unbedingt notwendig.

Zur Autorin

Dr. Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, Vorsitzende des profamilia-Bundesverbandes, 1979 bis 2007 wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung. Von 1985 bis 1997 Redakteurin der Zeitschrift „beiträge zur feministischen theorie und praxis“. Lehrbeauftragte an verschiedenen Universitäten.

Analyse-Reihe „betrifft: Bürgergesellschaft“

- 27/ Familien und bürgerschaftliches Engagement, Gisela Notz
- 26/ Genderbudgeting in der Bürgergesellschaft, Christine Färber
- 25/ Baustelle Gemeinnützigkeit. Zur aktuellen Diskussion über Änderungen der gesetzlichen Regelungen im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht, Michael Ernst-Pörksen
- 24/ Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen, Rudolf Speth
- 23/ Zukunft gestalten – Strukturwandel in der Arbeiterwohlfahrt. Verbandsentwicklung und bürgerschaftliches Engagement, Wilhelm Schmidt
- 22/ Die Planungszelle. Zur Praxis der Bürgerbeteiligung, Peter C. Dienel, spanische Version: Los núcleos de intervención participativa, Sobre la puesta en práctica de la participación ciudadana, http://www.nuso.org/upload/fes_pub/dienel.pdf
- 21/ Das soziale Engagement der Unternehmen im Handwerk, Otto Kentzler
- 20/ Bürgerschaftliches Engagement und die Zukunft der Wohlfahrtsverbände, Rudolf Seiters
- 19/ Die soziale Bedingtheit bürgerschaftlicher Teilhabe, Barbara Stolterfoht
- 18/ Corporate Social Responsibility. Das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen, Dieter Hundt
- 17/ Das Dilemma von Tugend und Freiheit. Die Notwendigkeit von Eigenverantwortung in einer funktionierenden Bürgergesellschaft, Herfried Münkler und Anna Loll
- 16/ Auf dem Weg zur Bürgerkommune. Bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg, Beate Weber
- 15/ Sport: Schlüsselbereich bürgerschaftlichen Engagements, Manfred von Richthofen, Michael Barthel und Manfred Spangenberg
- 14/ Geschäftsstrategie Verantwortung – Der Business Case im Corporate Citizenship, Susanne Lang und Frank Solms Nebelung. Englische Version: Responsibility as a Business Strategy – the Business Case in Corporate Citizenship. Spanische Version: La responsabilidad social como estrategia de negocios, http://www.nuso.org/upload/fes_pub/lang.pdf
- 13/ Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie?, Wolfgang Hinte
- 12/ Der deutsche Weg zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen. Thesen zu Corporate Citizenship in Deutschland, Frank Heuberger, Maria Oppen, Sabine Reimer
- 11/ (K)ein Pflichtjahr für junge Menschen? Zur Konjunktur eines Irrtums, Anton Schaaf, MdB, und Andrea Franz
- 10/ Gemeinwohlorientierung als Bürgerpflicht – Das Engagement der Sparkassen für die Menschen und die Regionen, Dietrich H. Hoppenstedt
- 09/ Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft, Michael Sommer
- 08/ Bürgerengagement in der Aussiedler- und Integrationspolitik, Jochen Welt, MdB
- 07/ Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen – seit langem gepflegt, nötiger denn je, Michael Rogowski
- 06/ Umriss einer neuen Sozialpolitik – Eigenverantwortung und Solidarität als Bildungsauftrag der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements, Konrad Hummel
- 05/ Bürgerschaftliches Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft, Wolfgang Thierse, MdB
- 04/ Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen – Erfahrungen aus Ostdeutschland, Alexander Thumfart
- 03/ Bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen der Globalisierung, Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB
- 02/ Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit – Chancen und Handlungsmöglichkeiten, Achim Trube
- 01/ Leitbild Lebendige Bürgergesellschaft – Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, Michael Bürsch, MdB. Englische Version: Towards a New Social Contract – Civil Society, Civic Engagement and Participation. Spanische Version: La visión estratégica de la sociedad de ciudadanos, http://www.nuso.org/upload/fes_pub/bursch.pdf